

SÜDAFRIKA

Bei der Abfassung dieses Beitrags war die offizielle Tagesordnung des Gipfeltreffens in Pittsburgh noch nicht veröffentlicht. Grundlage der Gipfelgespräche werden jedoch zweifellos die Aktionspläne der G20-Gipfel in Washington und London sein. Nachdem in London vom 4. bis 5. September 2009 – unter Beteiligung von Renosi Mokate, Stellvertreterin des Chefs der süd-afrikanischen Zentralbank und Südafrikas Finanzminister Pravin Gordhan – ein wichtiges G20-Vorbereitungstreffen stattgefunden hat, geht man in Südafrika von folgenden thematischen Schwerpunkten des Gipfels in Pittsburgh aus:

- Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Lage sowie Maßnahmen und Konjunkturpakete zur Bekämpfung der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise
- Schaffung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum
- Wiederherstellung der globalen finanziellen Stabilität
- Stand der Umsetzung der Aktionspläne von Washington und London
- Stützung und Reform des Finanzsektors sowie Ausbau des internationalen Regulierungsrahmens für diesen Bereich
- Begrenzung von Vergütungen und Bonuszahlungen an Banker sowie stärkere Regulierung von Großbanken
- Aufstockung der Beiträge für den IWF und Reform der Institution
- Ausbau des internationalen Handels und Verhinderung von Protektionismus
- Abschluss der Doha-Verhandlungen im Jahr 2010 zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und des Protektionismus
- Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen (Vorschlag von Präsident Obama)

- Maßnahmen für einen nachhaltigen und klimafreundlichen wirtschaftlichen Aufschwung
- Verstärkte Unterstützung für arme Staaten

BEVORZUGUNG DER G20 GEGENÜBER DEM G8-„OUTREACH“

In Südafrika wird die Konsolidierung des G20-Mechanismus sehr positiv beurteilt, da dies die Rolle des Landes als führende Wirtschaftsmacht des Kontinents unterstreicht und Schwellenländern mehr Einfluss einräumt. Die Einbeziehung des Landes in die G8-Gipfel als Mitglied der sogenannten „Outreach“-Gruppe wird demgegenüber eher kritisch betrachtet: Obwohl man die Einladungen zu den Treffen der acht mächtigen Nationen als Bestätigung der führenden wirtschaftlichen und politischen Stellung des Landes in Afrika ansieht, hatte man oft das Gefühl nur am „Katzentisch“ zu sitzen. In der Gruppierung der G20 fühlt Südafrika sich dahingegen als einer von 20 gleichberechtigten Staaten. Dass die globale Finanz- und Wirtschaftskrise zu einer Konsolidierung und Aufwertung des G20-Mechanismus geführt hat, wird daher allgemein sehr begrüßt.

Seit 1994 versteht sich die Kaprepublik in erster Linie als Land des Südens, dessen Außenpolitik sich insbesondere auf seine Nachbarstaaten, den afrikanischen Kontinent sowie andere bedeutende Schwellenländer konzentriert. Da Europa und andere westliche Industrienationen aber weiterhin Südafrikas wichtigste Wirtschaftspartner sind und das Land nicht nur der Dritten, sondern zugleich auch der Ersten Welt angehört, muss Südafrikas Politik auch im Rahmen der G20 einen Spagat unterneh-

men. Im Hinblick auf die beachtlichen wirtschaftlichen Expansionsanstrengungen südafrikanischer Unternehmen in ganz Afrika wird Pretoria zudem von seinen Partnern in der Afrikanischen Union eher als Industrienation wahrgenommen. Die Positionierung des Landes innerhalb der G20 gestaltet sich daher komplexer als bei vielen anderen Mitgliedstaaten dieser Gruppe. Überwiegend unterstützt man jedoch die Politik der Schwellenländer. Dies belegen auch die folgenden Ausführungen zu den Erwartungen und Positionen Südafrikas im Hinblick auf den Gipfel in Pittsburgh.

SORGE UM STAATSVerschULDUNG UND INFLATION

Die südafrikanische Regierung sieht gegenwärtig keine Alternative zu den in Washington und London zur Bekämpfung der Krise beschlossenen expansiven fiskalischen und monetären Maßnahmen. Als „nicht ungeeignet“ bezeichnete Finanzminister Gordhan nach seiner Rückkehr vom G20-Vorbereitungstreffen in London daher auch eine Lockerung der Kreditvergabe-Kriterien südafrikanischer Banken sowie die Verlängerung der Konjunkturmaßnahmen. Die Südafrikanische Zentralbank (SARB) wird jedoch darauf achten, dass diese Maßnahmen nicht zu einer Ausuferung der Inflation führen. Zentralbankchef Tito Mboweni betonte bei einer Rede an der Universität Kapstadt am 10. September 2009, dass nur die bislang relativ geringe Verschuldung Konjunkturmaßnahmen ermöglicht habe und eine hohe Inflationsrate vor allem den ärmsten Teil der Bevölkerung treffe. Man geht davon aus, dass auch Mbowenis Nachfolgerin, trotz scharfer Kritik der Gewerkschaften, nach der Amtsübergabe am 9. November 2009 eine ähnlich zurückhaltende Politik verfolgen wird. Bei der Bekämpfung der ersten Rezession in Südafrika seit 17 Jahren wird man also eine Balance zwischen höheren Staatsausgaben und einer angestrebten Begrenzung der Inflationsrate auf unter 6 Prozent finden müssen.

Um langfristig nicht neue globale Ungleichgewichte entstehen zu lassen, möchte man Ausstiegsstrategien für Konjunkturpakete entwickeln, die koordiniert umgesetzt werden sollten, sobald die Krise beendet ist. In

diesem Punkt besteht Übereinstimmung mit der Haltung der EU, dass es unbedingt internationale Absprachen hinsichtlich der Kommunikation des „wann und wie“ eines koordinierten Ausstiegs geben sollte.

EIN STARK REGULIERTER BANKENSEKTOR SCHÜTZTE VOR DER KRISE

Da der Bankensektor in Südafrika bereits stark reguliert ist und es noch immer Devisenbeschränkungen gibt, hat die globale Kreditkrise das Land nicht in dem Ausmaß getroffen wie viele andere Staaten. Maßnahmen wie eine Erhöhung der Kapitalausstattung von Banken, eine Verschärfung der Bilanzierungsregeln und eine Reform der internationalen Finanzinstitutionen werden daher begrüßt. Mit Stolz verkauft Pretoria die Regulierungsbestimmungen im eigenen Land als Modell für andere Staaten.

Südafrika unterstützt Pläne Indonesiens, die eine Stärkung der Rolle des IWF und eine stärkere Kontrolle des Bankensektors vorsehen. In Pittsburgh will man auch eigene Vorschläge zur Reform von IWF und Weltbank unterbreiten, die den Einfluss der Schwellenländer vergrößern sollen. Bei der Weltbank verlangt man zudem einen zusätzlichen Sitz für Afrika. Ebenso will man mehr finanzielle Unterstützung für arme Staaten in Subsahara-Afrika, um das internationale Wirtschaftswachstum zu stärken.

Während des EU-Südafrika-Gipfels in Kleinmond (Südafrika) am 11. September 2009 betonte Präsident Jacob Zuma erneut seine Unterstützung für die Umsetzung der G20-Gipfelbeschlüsse von Washington und London. Ähnlich wie sein Vorgänger Kgalema Motlanthe wird er sich beim G20-Gipfel insbesondere der Stabilisierung des globalen Finanzwesens, der Bekämpfung der Rezession, der Stimulierung von Nachfrage und Investitionen in Entwicklungsländern sowie Maßnahmen zur wirtschaftlichen Erholung widmen. Obwohl auch die Verhinderung von Protektionismus auf der Tagesordnung in Pittsburgh steht gibt es in Südafrika Pläne zur Erhöhung von Zöllen.

Zusammen mit anderen Entwicklungsländern ist man sich in Pretoria einig, dass die Doha-Runde unbedingt eine „Entwicklungsrunde“ bleiben müsse. Bei einem Treffen

mit seinem indischen Amtskollegen Sharma bekräftigte Südafrikas Wirtschaftsminister Rob Davies im Vorfeld des G20-Gipfels nochmals die Unterstützung für Indiens Verhandlungsposition. Pretoria legt dabei Wert darauf, dass seine besondere Stellung auf Grund seiner Verpflichtungen im Rahmen der Uruguay-Runde anerkannt wird.

Auf Initiative von Präsident Obama wurde das Thema Klima und die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen auf die Tagesordnung des G20-Gipfels gesetzt. In Südafrika ist man der Ansicht, dass Afrika am meisten unter dem Klimawandel leiden wird, obwohl man am wenigsten zur globalen Erwärmung beigetragen hat. Man unterstützt daher die Forderung von Entwicklungs- und Schwellenländern, die von den Industriestaaten mehr finanzielle und technologische Hilfe für den Klimaschutz in Entwicklungsländern erhalten wollen. Südafrika könnte bereits beim G20-Treffen einen eigenen Klima-Aktionsplan (*National Climate Change Programme*) vorlegen, da man sich der enormen Umweltverschmutzung durch die heimischen Kohlekraftwerke bewusst ist. Dennoch dürfte es zukünftig in Südafrika Probleme hinsichtlich der Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und Klimaschutz geben. Hier räumt Präsident Zuma der Wirtschaft absolute Priorität ein.

*Dr. Hendrik Schott
Deutschland- und EU-Korrespondent
Naspers Media Ltd. Südafrika*